

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Tabea Mariga Esch: „Freie Kirche im freien Staat“. Das Kirchenpapier der FDP im kirchenpolitischen Kontext der Jahre 1966 bis 1974 (Beiträge zur historischen Theologie. Band 157)

Tübingen: Mohr Siebeck Verlag, 2011, XV und 614 S., ISBN 978-3-16-150617-8 (124,00 €).

Zentraler Gegenstand dieser Untersuchung ist das sogenannte „Kirchenpapier“, das die FDP auf ihrem Hamburger Bundesparteitag im Oktober 1974 beschloß. Unter dem Titel „Freie Kirche im freien Staat“ werden in äußerster Prägnanz – der dreiseitige Text besteht aus dreizehn „Thesen“ – die religions- und kirchenpolitischen Positionen der Partei formuliert. Als Leitlinie bzw. „Ziel“ liberaler Politik auf dem Gebiet von Kultus und Religionsausübung wird „die Sicherung und Erweiterung der Freiheit“ genannt. Gegenüber dem kirchlichen Anspruch auf Traditions- und Besitzstandswahrung in allen Belangen des geistlich-religiösen Lebens werden die symbolhaften Wendungen von „Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit“ sowie das „Recht auf freie Religionsausübung“ exponiert.

Es ist klar, daß mit diesen bewußt weitreichenden Akzentsetzungen die christlichen Kirchen von vornherein erhebliche Schwierigkeiten hatten, ja sich sogar regelrecht herausgefordert und provoziert sahen. Das in den Neuregelungen des Verhältnisses von Kirche und Staat nach dem Ersten Weltkrieg fixierte System offener, verdeckter und halbverdeckter Staatsleistungen zur Alimentierung des Kirchenapparates schien hier offen in Frage gestellt. Aber auch innerhalb der FDP fanden langanhaltende intensive Debatten über die Stellung der Partei zu den Kirchen statt. Dem entsprach, mehr als dies heute noch zutrifft, ein Realgrund von eminenter Bedeutung: Die gesellschaftliche Stellung der Kirchen war zu Beginn des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts zwar schon im Wandel begriffen, in wesentlichen Zügen aber noch unangetastet, und von einer dramatischen Auflösung der überkommenen volkskirchlichen Strukturen, wie wir sie seither erlebt haben, machten sich allenfalls die weitsichtigsten Beobachter eine vage Vorstellung.

Im Abstand von fast vier Jahrzehnten hat nun die junge Theologin Tabea Mariga Esch dem Kirchenpapier, seiner komplexen Entstehungsgeschichte und der ganzen, sich darum herumrankenden Diskussion eine umfassende Untersuchung gewidmet. Um die Bedeutung des Dokumentes zu ermessen, muß man sich in Erinnerung rufen, daß mit diesen dreizehn Thesen erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik eine regierungsverantwortliche Partei das etablierte Staatskirchensystem offen problematisierte. Die heftige Auseinandersetzung um die hier formulierten Grundsätze hatte insofern eine Entlastungsfunktion, als sich jetzt auch von anderer Seite Stimmen nicht nur zur Position der FDP, sondern eben auch zum Thema selbst zu Wort meldeten. Über alle parteipolitische Relevanz hinaus kommt dem Text deshalb eine gewichtige zeitgeschichtliche Stellung zu.

Im Mittelpunkt steht bei Esch die Entstehungsgeschichte einschließlich einer detaillierten Schilderung der Hintergründe. Diese Passagen sind nicht ohne Brisanz für die Geschichtsschreibung der FDP, zeigt sich doch, daß die mit den Thesen anvisierte „Trennung“ von Staat und Kirche keineswegs unumstritten war und vor allem in der Einschätzung der erwartbaren Konsequenzen für das gesellschaftliche

Gesamtgefüge sehr unterschiedliche Standpunkte vertreten wurden, etwa was den sozialpolitischen Bereich betraf, den Bildungssektor oder die dann anstehenden Fragen zu den finanziellen Lasten aus abzulösenden staatsnahen Leistungen kirchlicher Einrichtungen. Einige Akteure vertraten ein Leitkulturmödell, in dem die Religion durch einen weiträumigen säkularen Toleranzhumanismus ersetzt wurde, den sie als einzigen legitimen Garanten der moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften betrachteten. Andere dagegen widersetzten sich dem. Karl-Hermann Flach, Mitautor der „Freiburger Thesen“ und seit 1971 bis zu seinem Tod im August 1973, Generalsekretär der FDP, erkannte nicht nur eine antiklerikale, sondern sogar eine religionsfeindliche Tendenz, die für ihn mit liberalen Prinzipien unvereinbar war.

In den frühen siebziger Jahren bestand bei der deutlich überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung noch eine stabile Kirchenbindung. Insofern bezog sich das Kirchenpapier auf ein Problemfeld – die Rolle des in Religionsdingen zu Neutralität verpflichteten Staates bei der Sicherung der privilegierten Stellung der Kirchen –, das sich im politischen Meinungsstreit nicht leicht umsetzen ließ. Esch führt aber doch einige interessante Beispiele an. In der „Wahlplattform“ zur Landtagswahl 1975 in Berlin hieß es etwa: „Soll das Finanzamt weiter der Kassierer der Kirchen sein? Die F.D.P. will: – Die Beseitigung der noch bestehenden Einwirkungsmöglichkeiten des Staates auf die innerkirchlichen Entscheidungen. – Die Abschaffung des staatlichen Einzuges der Kirchensteuer. [...].“ Der Aspekt der Kirchensteuererhebung trat auch sonst in der öffentlichen Diskussion ungebührlich in den Vordergrund, während auf der anderen Seite bei dem viel weiterreichenden Thema der „Aufnahme“ (gemeint ist: „Übernahme“) kirchlicher Aktivitäten im diakonischen, Bildungs- und Pflegebereich keine Klarheit darüber bestand, daß es bei konsequenter Umsetzung hier überall zu einer tiefgreifenden Umgestaltung hätte kommen müssen.

Eschs Darstellung läßt, was den komplexen Diskussionsprozeß und die damalige Gemengelage an zum Teil recht widerstreitenden Positionen auf kultur- und religionspolitischem Gebiet innerhalb der Partei kaum eine Frage offen. Glänzende Passagen widmet sie den unterschiedlichen Standpunkten der Landesverbände. Sehr klar arbeitet sie besonders auch den Anteil der Deutschen Jungdemokraten heraus. Sie hatten schon Anfang 1973 mit einem sogenannten „Streitpapier“ unter dem Titel „Liberalismus und Christentum“ den wichtigsten Anstoß zu dem Kirchenpapier gegeben und mit ihrer überwiegend kirchen- und religionskritischen Haltung auch die Diskussion stark bestimmt. Esch ordnet die vielleicht aus heutiger Sicht überraschende Vehemenz ihres Engagements in dieser Sache sicherlich zu recht dem Wandel der Jugendorganisation in Folge der 1968er-Bewegung zu.

Die Gliederung der sehr materialreichen Studie ist übersichtlich und von einleuchtenden Gesichtspunkten geleitet. Zunächst wird das Verhältnis der FDP zu den beiden Großkirchen erörtert, anschließend die programmatische Ebene („Gegen die Vermischung von Politik und Religion“) eingehend und im historischen Rückblick bis auf die Anfänge der FDP thematisiert. Eine äußerst detaillierte Analyse ist dem erwähnten Vorstoß der Jungdemokraten gewidmet, einschließlich diverser, damit direkt oder indirekt zusammenhängender Seitenstrebungen (u.a. der Gründung der Humanistischen Union). Hochinteressant sind auch die Ausführungen über Entstehung und Diskussion der Thesen selbst. Auf einhundertsiebzig Seiten entrollt sich ein innerparteilicher Diskussionsprozeß, der in einzelnen Stationen von dramatischen Momenten nicht frei war, dessen historische Rekonstruktion doch jetzt aber auch, sicher von den Protagonisten nicht sehr erwünscht, manchen Winkelzug ans helle Licht stellt. Daß die eigens vom Bundesvorstand eingesetzte „Kirchenkommission“ – unter Leitung der Bundestagsabgeordneten Liselotte Funcke (sie engagierte sich als Synodale und Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung seit langem in wichtigen EKD-Gremien) – immer wieder gerade das sensible Thema der

„Trennung von Staat und Kirche“ zu verschleiern suchte, ergibt sich aus Eschs subtilen Ermittlungen sehr deutlich. Abschließend wird die vor diesem Hintergrund gewiß nicht überraschende, konsequent ablehnende Haltung der EKD zum Kirchenpapier geschildert, einschließlich einer Erörterung der jeweiligen landeskirchlichen Positionen. Ein Materialanhang ergänzt die Darstellung.

Die Studie ist von erheblichem zeitgeschichtlichen Wert. Immer wieder ist man überrascht über die Abläufe einzelner Diskussionsgänge. Aber hermetisch abgeschlossen bleibt eben auch die vertraulichste Unterredung dann nicht, wenn einzelne Teilnehmer Handakten für den eigenen Gebrauch anlegen und diese dann Jahrzehnte später freundlicherweise der Forschung zur Verfügung stellen. Keinen guten Eindruck macht aufs ganze gesehen die recht platte Reaktion der EKD. Hier scheint es so, als habe die Bereitschaft überhaupt erst geweckt werden müssen, sich durch substanzelle Überlegungen auf einen Wandlungsprozeß einzustellen, der doch seinerzeit unmittelbar bevorstand. Und was dies betrifft, so hat das FDP-Kirchenpapier jedenfalls seine ansonsten oft vermißte Wirkung ohne Zweifel entfaltet. Im übrigen ist es bis heute formal in Geltung. Die Forderung nach Abschaffung des staatlichen Kirchensteuereinzuges wurde im Programm zur Bundestagswahl 1994 („Liberal denken. Leistung wählen.“) bekräftigt: „Die bisherige Kirchensteuer ist durch ein kircheneigenes Beitragssystem zu ersetzen.“

Berlin

Matthias Wolfes